

Interview

„Die CDU ist zu kompromissbereit“

Südwest-Spitzenkandidatin Susanne Eisenmann will das Profil der Union schärfen

RAVENSBURG - Die CDU neigt nach Ansicht von Susanne Eisenmann zu großer Flexibilität – und das meint sie nicht als Lob. „Es gibt Kompromisse, die man nicht eingehen kann, weil sie die eigenen Grundüberzeugungen konterkarieren“, sagt die CDU-Spitzenkandidatin zur baden-württembergischen Landtagswahl 2021 im Gespräch mit Kara Ballarin, Hendrik Groth, Claudia Kling und Ulrich Mendelin – und fordert ihre Partei auf, ihre Positionen mit mehr Klarheit zu vertreten.

Frau Eisenmann, ist die CDU tatsächlich inhaltlich insolvent, wie der Fraktionschef im Landtag, Wolfgang Reinhart, jüngst analysiert hat?

Ich würde die CDU nicht als inhaltlich insolvent bezeichnen. Es muss aber wieder stärker erkennbar werden, was die CDU inhaltlich möchte.

War es klug von ihm, das vor dem Bundesparteitag der CDU so zu veröffentlichen?

Es war Teil einer Gesamtanalyse. Womit er recht hat: Die CDU definiert ihre Positionen nicht klar genug und ist auf allen Ebenen zu kompromissbereit. Ein Beispiel ist die Grundrente: Denen zu helfen, die Jahrzehnte gearbeitet haben, aber danach nicht über die Runden kommen, das ist christlich-demokratische Politik. Aber eine Lösung ohne Bedürftigkeitsprüfung, sodass möglichst viele die Grundrente bekommen, das ist nicht christlich-demokratische Politik. Ein anderes Beispiel ist der Wunsch der SPD im Bund, den Koalitionsvertrag nachzuverhandeln. Diesen Wunsch abzulehnen, ist richtig. Dabei muss man aber auch bleiben. Kompromisse gehören zum Geschäft dazu. Aber es gibt Kompromisse, die man nicht eingehen kann, weil sie die eigenen Grundüberzeugungen konterkarieren. Die CDU ist gefahrenbereit, zu sehr flexibel zu sein.

Ist die CDU auch in der Koalition mit den Grünen im Land zu flexibel?

Nein, der Koalitionsvertrag in Baden-Württemberg trägt klar die Handschrift der CDU. Wir sind zwei Partner, die fair miteinander umgehen und politisch das Beste für das Land wollen, aber da kann man auch mal unterschiedlicher Auffassung sein und dann muss man es auch deutlich machen. Wenn etwa Landesverkehrsminister Winfried Hermann öffentlich sagt, dass er froh sei, dass sich Tesla nicht in Baden-Württemberg ansiedle, dann ist es Recht und Pflicht der CDU zu erklären, dass wir es grundsätzlich anders sehen. Wir sind froh, wenn es wirtschaftliche Perspektiven, Ansiedlungen von Unternehmen und Arbeitsplätzen gibt. Das ist nicht Wahlkampf, sondern das ist politischer Diskurs und das Ringen um die beste politische Lösung.

Schlägt das Ringen bei Ihnen schon in Wahlkampf um? Das hat Ihnen Ministerpräsident Winfried Kretschmann gerade vorgeworfen.

Es ist nicht Aufgabe der Landes-CDU, sich so zu verhalten, dass die Landesregierung ein Schild raushängen kann, auf dem „Bitte nicht stören“ steht – auch wenn der Ministerpräsident sich das vielleicht wünscht. Ich glaube, dass der politische Diskurs diesem Land guttut.



„Es muss wieder stärker erkennbar werden, was die CDU inhaltlich möchte“: Südwest-Spitzenkandidatin Susanne Eisenmann im Gespräch mit der „Schwäbischen Zeitung“.

FOTO: DANIEL DRESCHER

Seit Sommer ist klar, dass Sie für die CDU als Spitzenkandidatin in die Landtagswahl am 14. März 2021 ziehen. Muss die CDU im Bund nicht schleunigst die Kanzlerfrage klären?

Diese Frage wird erst im Dezember 2020 beantwortet, darauf hat man sich verständigt. Das war nahezu unvermeidlich, weil wir Angela Merkel haben, die bis zum Ende der Legislatur Kanzlerin bleiben möchte. Ich hoffe, dass sich alle daran halten. Bis dahin müssen wir in Berlin Profil gewinnen und gut regieren.

Hat Baden-Württemberg genug Mitsprache und Einfluss in Berlin? Das ist etwas, was auch viele CDUler aus dem Land bemängeln.

Im Bundeskanzleramt sind wir mit Staatsministerin Annette Widmann-Mauz vertreten. Thomas Strobl ist stellvertretender Bundesvorsitzender, wir haben eine starke Präsenz bei den Staatssekretären. Aber ja, es gibt trotzdem noch Luft nach oben. Wir sind dabei, unseren Einfluss kontinuierlich zu stärken.

Wie läuft es in der Koalition im Land?

Ich finde, dass es wirklich gut läuft. Das Arbeitsklima ist angenehm. Der Doppelhaushalt für 2020 und 2021 ist uns gut gelungen, auch wenn die Aufstellung etwas mühsam war. Zu-

letzt haben wir noch strittige Themen gelöst wie den Flächenfaktor. Das war uns für den ländlichen Raum wichtig, weil er uns am Herzen liegt. Das Polizeigesetz ist konsentiert. Das Thema, das jetzt noch offen ist, ist die Landarztquote.

Die Grünen sind gegen eine Quote für Studienanfänger. Experten geben ihnen recht, da eine Verpflichtung noch vor Studienbeginn, später auf dem Land zu arbeiten, zu früh sei. Weil die Maßnahme erst in einem Jahrzehnt wirke. Und weil das Image des Allgemeinrates dadurch insgesamt leide. Warum kann die CDU nicht dem Vorschlag der medizinischen Fakultäten folgen und eine Landarztförderquote zur Mitte des Studiums mittragen?

Die Bindungskraft eines solchen Stipendiums nach dem Physikum ist relativ gering. Wenn sich der Stipendiat doch für einen Verbleib in einer Stadt entscheidet, könnte die Fördersumme später als Arzt leicht zurückgezahlt werden. Andere Länder wie Bayern haben zur Versorgung des ländlichen Raums auch schon eine Landarztquote zum Beginn des Studiums eingeführt. Die Bindungsquote ist dabei viel höher. Ich finde beide Vorschläge sehr gut, da müssen wir jetzt einen Kompromiss finden. Von den 150 neuen Medizinstu-

dienplätzen, die wir schaffen wollen, könnten je 75 für die beiden Vorschläge reserviert werden. Auf diesen Kompromiss haben wir uns in der Koalition aber noch nicht verständigt.

Ist die Verschärfung des Polizeigesetzes, auf die sie sich verständigt haben, aus CDU-Sicht nicht reichlich dünn? Nur zwei von deutlich mehr Wünschen werden umgesetzt.

Dass Polizisten die Bodycams künftig auch in Gebäuden nutzen dürfen, ist eine ganz wichtige Neuerung. Dass wir als CDU noch mehr für notwendig erachtet hätten, ist klar – etwa die Online-Durchsuchung und eine Ausweitung der Schleierfahndung. Das war mit den Grünen aber nicht durchsetzbar. Bei der Inneren Sicherheit sieht man ganz deutliche Unterschiede im Vergleich zu den Grünen.

Im Gegenzug haben die Grünen mehr Schutz von abgelehnten Asylbewerbern in Arbeit vor Abschiebung durchgesetzt. Darum kämpfen Unternehmer schon lange, unter anderem in der Initiative „Bleiberecht durch Arbeit“. Wäre ein solcher Weg für die CDU, die sich der Wirtschaft nahe versteht, nicht dringender schon früher nötig und möglich gewesen?

Ja, ich persönlich hätte mir ein solches Vorgehen früher gewünscht. Wir müssen denen helfen, die schon seit mindestens drei Jahren hier leben, seit mindestens eineinhalb Jahren in einem sozialversicherungsrechtlichen Beschäftigungsverhältnis stehen, sich integrieren, für ihren Lebensunterhalt selbst aufkommen und dabei helfen, ihre Identität zu klären – gerade auch im Sinne der Unternehmer. Das ist insgesamt betrachtet ein vergleichsweise kleiner Personenkreis. Denn klar ist auch: Derjenige, der mal ein zweimonatiges Praktikum gemacht hat, ist nicht in den Arbeitsmarkt integriert und fällt nicht darunter.

Hätte Ihr Parteifreund und Innenminister Thomas Strobl hier früher aktiv werden müssen?

Ich hätte mir tatsächlich gewünscht, dass die CDU dieses Thema früher aufgegriffen hätte. Diejenigen, die arbeiten – etwa beim Bäcker, in der Gastronomie oder im Pflegebereich – und dabei mitwirken, ihre Identität zu belegen, sind derzeit die, von denen die Behörden wissen, wo sie sind. Man kann auch sagen: Das sind die Dummen, weil sie wegen ihres Pflichtbewusstseins abgeschoben werden. Rechtlich ist das sauber, keine Frage. Aber ich verstehe die Bürger absolut, die das menschlich und ökonomisch nicht nachvollziehen können. Bei denjenigen, die straffällig geworden sind, die nicht arbeiten, die sich nicht integrieren, sind Abschiebungen schwerer durchzusetzen. Da müssen wir mehr Härte zeigen und uns für noch bessere rechtliche Rahmenbedingungen einsetzen.

Wenn man also diejenigen nicht abschiebt, die greifbar sind, weil sie arbeiten, werden die Abschiebezahlen im Land mutmaßlich sinken. Das nehmen Sie in Kauf?

Ja, das muss man dann aushalten, dass Abschiebezahlen geringer werden könnten. Wir müssen aber gleichzeitig auch härter sein bei denen, die straffällig geworden sind und ausreisen müssen.



Susanne Eisenmann im Gespräch mit Redakteuren der „Schwäbischen Zeitung“.

FOTO: DANIEL DRESCHER

Spitzenkandidatin

Susanne Eisenmann (55) will die CDU in der Landtagswahl 2021 wieder zur stärksten Partei in Baden-Württemberg machen. Im Wahlkampf tritt die derzeitige Kultusministerin als Spitzenkandidatin gegen ihren Kabinettschef Winfried Kretschmann von den Grünen an. Bevor sie Ministerin wurde, war Eisenmann Schulbürgermeisterin in Stuttgart. Die Landespolitik kennt sie schon aus den 1990er-Jahren, als sie Büroleiterin des damaligen CDU-Fraktionschefs Günther Oettinger war. (sz)